

ONLINE-KONSULTATION

zum

neuen Programm „Aktive Unionsbürgerschaft“

2007-2013

(15. Dezember 2004 – 15. Februar 2005)

**PRÄSENTATION UND ANALYSE
DER ERGEBNISSE**

ZUSAMMENFASSUNG

Die Online-Konsultation umfasste einen Zeitraum von zwei Monaten (Dezember 2004 bis Februar 2005) und verfolgte das Ziel, die Meinungen von Akteurinnen und Akteuren einzuholen und Input für das neue Programm „Aktive Unionsbürgerschaft“ zu sammeln. Diesem ersten Schritt folgte im Februar 2005 ein zweitägiges Konsultationsforum.

Die **hohe Zahl der Antworten (1057)** belegt das große Interesse, das sowohl bei Einzelpersonen (313 Antworten) als auch bei Mitgliedern von Einrichtungen und Organisationen (744 Antworten) am Thema der aktiven Unionsbürgerschaft besteht. Mehr als die Hälfte der Personen, die die zehn Fragen beantworteten, fügten darüber hinaus noch frei formulierte Anmerkungen am Ende hinzu, und fünf Personen übermittelten einen zusätzlichen schriftlichen Beitrag oder ein Positionspapier. Die Befragung bot also auch Gelegenheit, Feedback zu Erfolgsgeschichten und Erfahrungen mit dem größten europäischen Mehrwert zu erhalten, an die das neue Programm anknüpfen kann. Diese Anmerkungen liefern auch äußerst wertvollen Input für die Umsetzung des zukünftigen Programms.

Die **Zustimmung zu einem neuen Programm fiel mit 98 %** überwältigend aus. Der Grundsatz, sowohl die BürgerInnen selbst als auch zivilgesellschaftliche Organisationen einzubinden, fand großen Anklang. Viele der Antwortenden betonten, dass die derzeit erfolgreich laufenden Aktivitäten weitergeführt und das Programm um innovative Ansätze erweitert werden sollte, die die Bandbreite der möglichen Aktivitäten vergrößern.

Aus einer Liste mit Merkmalen, die den höchsten **europäischen Mehrwert** erbringen, wählten mehr als zwei Drittel der Antwortenden die Punkte Stärkung der Vernetzungskapazitäten und Konfrontation mit Ideen und Ansätzen als die wichtigsten aus. Fast 60 % der Antwortenden befanden, dass die Mobilität der BürgerInnen und die transnationale Dimension ebenfalls einen Mehrwert hätten. Die transnationale Dimension wurde vor allem in den frei formulierten Anmerkungen als einer der wichtigsten Aspekte herausgestrichen, den das zukünftige Programm fördern sollte, wobei besonders darauf zu achten sei, die BürgerInnen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den neueren Mitgliedstaaten in alle Aktivitäten des Programms einzubeziehen. In ihren Anmerkungen betonten viele der Antwortenden auch, dass der europäische Mehrwert von Projekten nicht ausschließlich am Aspekt der EU-Bewusstseinsbildung festgemacht werden sollte, sondern, dass Projekte, an denen europäische BürgerInnen aus mehreren Ländern teilnahmen und ein gemeinsames Ziel verfolgten, *per se* zur Entstehung einer Unionsbürgerschaft beitragen würden.

Bezogen auf die **Art der Aktivitäten**, die das Programm unterstützen sollte, war es für 96 % besonders wichtig, konkrete Aktionen auf der untersten Ebene

umzusetzen, an denen die europäischen BürgerInnen direkt teilnehmen und in deren Rahmen sie miteinander in Kontakt treten könnten. Eine überwältigende Mehrheit von 85% befürwortete Aktivitäten im Rahmen von Städtepartnerschaften und hoffte auf die Weiterführung dieser Aktion, die wahrscheinlich zu jenen Aktivitäten zählt, die die BürgerInnen am stärksten in die transnationale Konfrontation mit unterschiedlichen Ideen und Vorgangsweisen einbindet.

93% der Antwortenden begrüßten die Förderung von Projekte, die zivilgesellschaftliche Organisationen einreichen. Große Unterstützung gab es auch bei Betriebskostenzuschüssen für Organisationen auf europäischer Ebene, für die sich fast 90% der Antwortenden aussprachen. In ihren Anmerkungen wiesen viele auf den signifikanten Zusammenhang zwischen der Größe einer zuschussfähigen Organisation und dem Nutzen derartiger Betriebskostenzuschüsse hin, die für kleinere Strukturen deutlich größere Wirkung zeigten. Daher könnte ein erster einfacher Schritt in Richtung einer konkreteren europäischen Öffentlichkeit darin bestehen, nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen den Anstoß zu geben, von der lokalen/regionalen/nationalen Ebene aus schrittweise eine transnationale/europäische Dimension in ihren Strukturen zu entwickeln, anstatt große neue Strukturen aufzubauen.

Ersucht, eine Reihung der Art von **innovativen Aktionen** vorzunehmen, mit denen die Ziele des Programms am besten erreicht werden könnten, bevorzugte die überwiegende Mehrheit der Antwortenden das Bündeln von Erfahrungen zwischen lokalen Projekten in verschiedenen Mitgliedstaaten und den Aufbau innovativer Partnerschaften gemeinsam mit neuen Partnern.

An dritter Stelle – von knapp der Hälfte der Antwortenden befürwortet – stand das Organisieren von Großveranstaltungen mit hohem Öffentlichkeitswert, die BürgerInnen auf EU-Ebene und/oder in ganz Europa zum gemeinsamen Feiern besonderer Anlässe, sportlicher, kultureller oder wissenschaftlicher Leistungen mobilisieren.

Nur knapp dahinter in der Reihung lag mit dem Austausch von Good Practices zum Freiwilligendienst eine wichtige neue Dimension, die die Antwortenden im Hinblick auf das neue Programm mit dem Hinweis forderten, dass Freiwilligentätigkeit von aktiven und engagierten Bürgerinnen und Bürgern geleistet wird, somit Partizipation im öffentlichen Raum fördert und Vertrauen und Solidarität schafft. Freiwilligentätigkeit wird also als zentrales Thema für ein Programm gesehen, das die aktive Bürgerschaft fördert.

Fast ein Drittel der Antwortenden sprach sich für die Vernetzung von Think Tanks aus, ein bemerkenswertes Ergebnis angesichts des niedrigen Prozentsatzes an Antwortenden aus dieser speziellen Kategorie. Die Möglichkeit, mit Hilfe des Programms, wie oben betont, die Zusammenarbeit mit neuen Partnern zu stärken, sollte vor allem zur Einbindung von Think Tanks genutzt werden.

Nicht zuletzt wollten viele der Antwortenden wesentlich umfassender über die verschiedenen im Bereich der aktiven Bürgerschaft durchgeführten Aktivitäten – vor allem die über das Programm finanzierten – informiert werden. Das neue Programm sollte diesen Wunsch berücksichtigen und die Einrichtung einer Datenbank mit

Good Practices vorsehen, wie sie viele Antwortenden vorschlagen, damit auf Erfolgsgeschichten aufgebaut werden kann.

Was die **Umsetzungsmechanismen** betrifft, wurde der Vorschlag für mehrjährige Projekte von 92% der Antwortenden wärmstens begrüßt, die meinten, dass diese Art der Finanzierung den Weg für vielfältigere und ehrgeizigere Projekte öffnen und nachhaltigere Wirkung erzielen würde, da die Betroffenen nicht mehr unter so starkem Zeitdruck stünden. In den Anmerkungen wird jedoch einhellig darauf hingewiesen, dass dies zu keiner Benachteiligung von Kurzzeit-Projekten führen dürfe, die nach wie vor für Akteurinnen und Akteure, die die kritische Größe vielleicht nicht erreichen, die einzige Möglichkeit zur Teilnahme seien oder auch die einzige Möglichkeit für stärker praktisch ausgerichtete Aktionen auf der untersten Ebene. Daher überraschte es nicht, dass Kurzzeit-Aktivitäten bei den Antwortenden immense Unterstützung (93,5%) fanden.

Trotz allgemeiner Zufriedenheit mit dem derzeitigen Programm und überwältigender Unterstützung für das neue Programm zur Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft, wurden zu bestimmten Aspekten des Programms **Bedenken** geäußert. Es ist wichtig, diese Bedenken zu berücksichtigen, um mögliche Verbesserungen entsprechend bewerten zu können.

Erstens gab es den allgemeinen Wunsch nach mehr Information und stärkerer Verbreitung der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms zur Förderung der aktiven Bürgerschaft.

Zweitens wurden Bedenken geäußert, dass der Bereich und der Rahmen für Projekte zu eng gefasst seien. Die Antwortenden meinten, die Kriterien sollten flexibler sein, um sowohl bei den Inhalten als auch bei den Zielgruppen größere Vielfalt zu erreichen, andernfalls bestünde die Gefahr der Standardisierung von Projekten, was sinnvolle Innovationen verhindern würde. Die Antwortenden fanden, dass das Programm für alle BürgerInnen offen sein sollte; einige betonten jedoch, dass auch bei jenen, die gewöhnlich von den Mainstream-Informationskampagnen und –aktivitäten nicht erfasst werden, der Wunsch zur Beteiligung geweckt werden müsse.

Schließlich sah eine Mehrheit der Akteurinnen und Akteure das zukünftige Rahmenprogramm als notwendige Chance, um die Antrags- und Finanzierungsverfahren vom Anfang bis zum Ende der Antragstellung zu straffen und zu vereinfachen. Besonderes Augenmerk sollte auf die Festlegung klarer und geeigneter Auswahlkriterien gelegt werden.

PRÄSENTATION UND ANALYSE DER ERGEBNISSE

1. PRÄSENTATION DER KONSULTATION

Seit Jänner 2004 setzt die Kommission ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (Bürgerbeteiligung) um. Dieses Programm soll vor allem helfen, die BürgerInnen näher an die Union heranzuführen, sie in den Nachdenkprozess und die Diskussionen über die Union einzubinden, Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Ländern zu fördern, vor allem im Rahmen von städtepartnerschaftlichen Initiativen, und Initiativen im Bereich der Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Das Programm nimmt also eines der Probleme in Angriff, vor denen die EU steht: Die nach wie vor bestehende Kluft zwischen einer Minderheit von Bürgerinnen und Bürgern, die sich intensiv mit dem europäischen Projekt auseinandersetzen und über die EU-Organe bestens Bescheid wissen, und der Mehrheit der BürgerInnen, die meinen, dass sie diese Thematik nicht betrifft. Dieses Programm läuft Ende Dezember 2006 aus.

Im Rahmen der Erstellung des Vorschlags für ein neues Programm, das das derzeitige Programm am 1. Jänner 2007 ablösen soll, und gemäß den geltenden Vorschriften für die Ausarbeitung wichtiger Rechtsetzungsvorschläge¹ hat die Kommission eine umfassende Konsultation durchgeführt, um die Meinung von BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Gesamtkonzept des neuen Programms (einschließlich Ziele, wichtigste Aktivitäten und Umsetzung) zu sammeln. Die Online-Konsultation war die erste Stufe dieses Prozesses, in dem interessierte BürgerInnen und ihre Organisationen eingeladen wurden, zu den Ausrichtungen des neuen Programms Stellung zu beziehen. Die zweite Stufe erfolgte in Form eines Konsultationsforums, an dem 350 VertreterInnen interessierter Parteien Anfang Februar 2005 an einer vertiefenden Diskussion teilnahmen.

Diese Online-Konsultation stand vom 15. Dezember 2004 bis 15. Februar 2005 allen interessierten Organisationen und Einzelpersonen offen und war über die Konsultationswebseite der Europäischen Kommission *Ihre Stimme in Europa* sowie über die Webseite der Generaldirektion Bildung und Kultur zugänglich. Die wichtigsten strategischen Stoßrichtungen für das neue Programm wurden vorgestellt und die Meinung der TeilnehmerInnen mit Hilfe einer Mischung aus offenen und geschlossenen Fragen erhoben. Am Ende des Fragebogens konnten frei formulierte Anmerkungen hinzugefügt werden, falls jemand das wollte.

Da der Vorschlag der Kommission im April zur Annahme vorgelegt werden sollte – rechtzeitig für die Debatte über die finanzielle Vorausschau 2007-2013 und somit zu einem Zeitpunkt, zu dem wohl kaum eine Evaluierung des erst ein Jahr davor gestarteten derzeitigen Programms vorliegen konnte – war die Konsultation eine wunderbare Gelegenheit, Feedback einzuholen und Erfolgsgeschichten und Erfahrungen von ehemaligen und derzeitigen ProgrammteilnehmerInnen zu hören, um das neue Programme weiter zu verbessern.

Die Ergebnisse dieser Konsultation wurden analysiert und im Vorschlag der Kommission entsprechend berücksichtigt ([internet link](#)). Dieser Bericht fasst die Ergebnisse der

¹ Siehe Allgemeine Grundsätze und Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission (KOM(2002) 704 endgültig).

consultresults_de.doc

Online-Konsultation zusammen. Die Ergebnisse des Konsultationsforums finden sie unter folgender Internet-Adresse: *(internet link)*

1.1. Auswertung der Antworten

Online-Fragebogen

Mit **1057 Antworten** auf den Fragebogen war die Zahl der Informanten ziemlich hoch, vor allem im Vergleich zu früheren, von der Kommission durchgeführten öffentlichen Konsultationen. Dies zeigt das Ausmaß der Betroffenheit der Akteurinnen und Akteure im Hinblick auf die Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft.

Die Antwortenden können unterteilt werden in **Einzelpersonen**, die für sich selbst sprachen (**29,6%**) und Mitglieder oder VertreterInnen einer **Einrichtung oder Organisation** (**70,4%**), die damit zeigten, dass sie sich am öffentlichen Diskurs beteiligen wollten.

Zusätzliche Anmerkungen

Von den 1057 ausgefüllten Fragebögen enthielten mehr als die Hälfte – **142 von Einzelpersonen und 426 von Organisationen** – zusätzliche Anmerkungen zum Thema und waren damit eine Quelle sachkundiger, von der Erfahrung der NutzerInnen des Gemeinschaftsprogramms inspirierter Anmerkungen, Kommentare und Vorschläge, die als Beitrag zur Ausarbeitung des neuen Programms gedacht waren. Diese Beiträge sind eine äußerst wertvolle Ressource, um die Probleme und Fragestellungen, die das neue Programm behandeln soll, sowie die Zielgruppen, die wichtigsten Ziele und mögliche Aktionen genauer zu definieren. Diese Anmerkungen werden auch äußerst wertvollen Input für die Umsetzung des zukünftigen Programms liefern.

Schriftliche Beiträge

Zusätzlich zu den Antworten und Anmerkungen zur Online-Konsultation gingen bei der Kommission **5 schriftliche Beiträge/Positionspapiere** folgender Organisationen ein:

- Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe (AFCCRE)
- European Volunteer Centre
- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
- Soziale Plattform

1.2. Profil der Antwortenden

Aufschlüsselung nach Sektoren

Wie bereits erwähnt waren 313 (29,6%) der 1057 Antwortenden Einzelpersonen und 744 (70,4%) Mitglieder einer Einrichtung oder Organisation. Die zweite Kategorie lässt sich in sechs Gruppen gliedern (die Prozentsätze beziehen sich auf die Gesamtzahl der Einrichtungen/Organisationen).

Die größte Gruppe (48,1%) waren **VertreterInnen nationaler, regionaler oder lokaler Behörden**, die überwältigende **Mehrheit davon (97,3%) VertreterInnen regionaler und lokaler Behörden**. Diese enorm hohe Quote politischer VertreterInnen der subnationalen

Ebene ist signifikant. Es zeigt, dass die Frage der aktiven Unionsbürgerschaft zu den untersten Ebenen des politischen Lebens durchdringt und sich mit den Anliegen aktiver BürgerInnen trifft, für die sie auf europäischer Ebene Bewusstsein schaffen möchten. In den meisten Fällen bezogen sich die Kommentare lokaler VertreterInnen auf Fragen im Zusammenhang mit städtepartnerschaftlichen Aktivitäten. Nach Typus aufgeschlüsselt sind 39,4% der vertretenen lokalen Einheiten Städte oder Dörfer mit weniger als 10 000 EinwohnerInnen, 39,5% Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 10 000 und 100 000 und 21,1% mit einer Bevölkerung jenseits der 100 000.

Die zweitwichtigste Gruppe waren die **europäischen (6,5%) und** – signifikanter – die **nationalen (11,5%) Nichtregierungsorganisationen**, was bestätigt, dass diese aus der Zivilgesellschaft hervorgegangenen Organisationen wichtige Akteurinnen in der Diskussion des Begriffes der Unionsbürgerschaft und wichtige Informationsschaltstellen sowie Aktions-Multiplikatorinnen für EU-Initiativen sind.

Forschungseinrichtungen und Think Tanks (3,3%) leisteten ebenfalls einen sachkundigen Beitrag, da sie wichtige institutionelle Ansprechpartner sind und wertvolle Ideen und Überlegungen zu europäischen Themen einbringen.

Europäische und nationale Gewerkschaften, gemeinsam mit nationalen Arbeitgeberorganisationen, machten **3,3%** der antwortenden Organisationen aus und bestätigten damit die Entscheidung der Kommission, sie eng in ihre auf die Zivilgesellschaft ausgerichtete Initiative einzubeziehen.

2% der Antwortenden waren auch **Unternehmen**. Indem sie als Sponsoren fungieren oder sich für städtepartnerschaftliche Aktivitäten engagieren, können Unternehmen wesentlich zur Diversifizierung von Veranstaltungen und Initiativen beitragen, die sich an die Zivilgesellschaft wenden, den TeilnehmerInnen neue Perspektiven eröffnen und das Gefühl europäischer Zusammengehörigkeit in allen Aspekten des täglichen Lebens ins Bewusstsein rücken.

Die Stimmen der **EU-Organe/Institutionen** wie z. B. des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Währungsausschusses stimmten in den Chor der Organisationen ein, obwohl nur **0,4%** der Beiträge von ihnen stammten. Diese Einrichtungen werden natürlich ordnungsgemäß in den formellen Entscheidungsprozess einbezogen.

Abschließend ist festzuhalten, dass zahlreiche Organisationen (25,3%) sich selbst in keiner dieser Kategorien wiederfanden. Das waren in erster Linie nicht gewinnorientierte Vereinigungen, die sich nicht als „NRO“ verstehen, oder lokale/regionale Strukturen, wie (einige) Städtepartnerschaftsausschüsse.

Geografische Aufschlüsselung

Von Interesse ist auch die geografische Herkunft der Antwortenden. Sie stammen aus 33 Ländern und lassen sich zu verschiedenen Gruppen zusammenfassen.

Erwartungsgemäß stammten **94,2% der Antwortenden aus den 25 Mitgliedstaaten der EU**. Die am stärksten vertretenen Länder **Frankreich (28,5%) und Deutschland (22,2%)** sorgten zusammen genommen für mehr als die Hälfte der Antworten, überwiegend von lokalen/regionalen Behörden oder Städtepartnerschaftsausschüssen. Die nächst stärksten Gruppen waren die Antwortenden aus Belgien (5,7%), Schweden (5,1%), Italien

(4,8%), dem Vereinigten Königreich (4,6%) und Finnland (3,1%). Insgesamt waren die **neuen Mitgliedstaaten** mit **6,9%** vertreten, wobei die Tschechische Republik massiven Anteil (2,4%) hatte.

Die Bewerberländer (Bulgarien, Rumänien und die Türkei) machten insgesamt 1,2% der Nationalitäten der Antwortenden aus. Und 1,1% der Reaktionen stammten aus Nicht-EU-Ländern wie Aserbaidschan, Island, Indien, Norwegen und der Schweiz.

Weit davon entfernt, das Gesamtverhältnis von 2,4 Organisationen pro 1 Einzelperson widerzuspiegeln, ist die Verteilung zwischen Einzelpersonen und Organisationen je nach Ursprungsland sehr unterschiedlich und weist zwei Varianten auf: Entweder nahmen deutlich mehr Einzelpersonen als Organisationen teil (Portugal, Italien, Österreich) oder es war genau umgekehrt (Schweden, Finnland, Tschechische Republik und die neuen Mitgliedstaaten insgesamt).

1.3. Die Chancen der Konsultation

Die Organisationen, von denen die meisten zwar nicht direkt betroffen, aber sehr interessiert an den zur Diskussion stehenden Themen waren, begrüßten den weit gesteckten Rahmen der Konsultation.

Die große Zahl von Beiträgen, nicht nur von Organisationen, die die Entwicklungen in ihrem speziellen Bereich natürlich laufend mitverfolgen, sondern auch von Einzelpersonen, zeigte, dass diese Konsultation für viele BürgerInnen eine Gelegenheit war, sich zu Wort zu melden, und bewies ihr Interesse, genau das zu tun, wenn es um Politik geht, die sie direkt betrifft.

Die Konsultation gestattete wertvolle Einblicke in die Erfolge aber auch in einige Schwächen des derzeitigen Programms. Darüber hinaus haben städtepartnerschaftliche Initiativen, zivilgesellschaftliche Projekte, die Konferenzen organisieren, Bürgerversammlungen einberufen und kulturübergreifende Austausche einrichten, eine Geschichte, die weit hinter die Verabschiedung des Gemeinschaftsprogramms zurückreicht. Alle diese Initiativen ergeben nicht nur einen großen Vorrat an Good Practices als Inspirationsquelle, sondern sie wurden auch meist von Akteurinnen und Akteuren initiiert, die bereit waren, ihre Erfahrung mit anderen zu teilen. Mit Hilfe der offenen Konsultation konnten sie in die Ausarbeitung des neuen Programms zur Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft einbezogen und gleichzeitig allen anderen interessierten Parteien die Möglichkeit gegeben werden, sich einzubringen.

Die Konsultation war also nicht nur eine Chance, interessierte Gruppen der Zivilgesellschaft in die Vorbereitung des neuen Programms einzubeziehen, sondern auch eine Gelegenheit, Feedback zu Erfolgsgeschichten und Erfahrungen mit dem größten europäischen Mehrwert zu erhalten, an die das neue Programm anknüpfen kann.

2. ERGEBNISSE DER KONSULTATION

Ziel des Fragebogens war es zunächst, Feedback zur Relevanz einer Gemeinschaftsmaßnahme und zu den allgemeinen Grundsätzen für eine derartige Aktion zu erhalten. Danach wurden die Antwortenden gefragt, wie wichtig die geplanten

Aktivitäten für sie wären, und um ihre Meinung zu zentralen Fragen der Umsetzung sowie zu vorgeschlagenen innovativen Aktionen ersucht.

Am Ende des Fragebogens gab es ein leeres Textfeld, in das die Antwortenden frei formulierte Anmerkungen schreiben konnten – wichtiges Belegmaterial für die positiven und negativen Erfahrungen, die die TeilnehmerInnen während der Programmabwicklung gemacht haben.

2. 1. Notwendigkeit einer Initiative auf Gemeinschaftsebene und allgemeine Zielsetzung des Programms

Es gibt **Bedarf für dieses neue Programm** – befand eine **überwältigende Mehrheit der Antwortenden (97,9%)**. Ein zentrales Anliegen war die Fortsetzung eines Programms, das sowohl die BürgerInnen selbst als auch zivilgesellschaftliche Organisationen einbindet. Beides ist dem derzeitigen Programm gelungen. Aus den frei formulierten Anmerkungen am Ende des Fragebogens ging deutlich hervor, dass sich die Erwartungen an das neue Programm sowohl auf weitere Unterstützung für bewährte Aktivitäten wie Städtepartnerschaften als auch auf innovative Ansätze erstreckten, die die Bandbreite potenzieller Aktivitäten erweitern.

Anschließend wurden die TeilnehmerInnen gebeten, jene drei Merkmale auszuwählen und zu reihen, die den höchsten **europäischen Mehrwert** bieten würden. Die Antwortenden strichen in einem Quasi-Konsens zwei Merkmale besonders heraus: Das erste war die Notwendigkeit der Vernetzung, damit durch die Verflechtung aller zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen staatlichen Stellen auf europäischer Ebene Kontakte zwischen den europäischen BürgerInnen entstehen. Der Idee, die Netzwerkkapazitäten zu verstärken, stimmten 68,7% der Antwortenden zu, was den eindeutigen Wunsch nach mehr Aktivität und Einbindung signalisiert, trotz Grenzen und Einschränkungen durch nationale Verwaltungsstrukturen, und im Widerspruch steht zum traditionellen, passiven Top-down-Ansatz des Informationsflusses und der politischen Stoßrichtung. Das zweite Merkmal, dem 66,9% zustimmten, betraf das Aufeinanderprallen von Ideen und Ansätzen, das, so die Antwortenden – vor allem nach der jüngsten Erweiterung und in einer Phase der Unsicherheit bezüglich der nächsten politischen Schritte für Europa – allen Initiativen zur Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft einen entscheidenden, unverzichtbaren europäischen Mehrwert verleiht. In diesem Kontext betonten die meisten Antwortenden nachdrücklich, wie wichtig es sei, dass EuropäerInnen untereinander Ideen austauschen, prüfen und diskutieren.

Obwohl die Übereinstimmung nicht ganz so deutlich ausfiel wie bei den beiden ersten Merkmalen, ist die Mobilität für 58,3% der Antwortenden nach wie vor ein zentraler Aspekt mit hohem europäischen Mehrwert und dasselbe gilt für die transnationale Dimension (56,7%). In den frei formulierten Anmerkungen wurde die transnationale Dimension von einer Mehrheit der Antwortenden jedoch vor allem als eines jener Merkmale hervorgehoben, die mit dem neuen Programm besonders unterstützt werden sollten. Es sollte besonders darauf geachtet werden, Projekte und Akteure mit grenzüberschreitenden Perspektiven zu fördern, die sich nicht nur an BürgerInnen verschiedener Länder richten, sondern auch transnationale Initiativen begründen. Dies wäre umso notwendiger im Hinblick auf die Länder, in denen die jüngste historische Entwicklung frische Spuren – sowohl im Sinne eines kulturellen Bruchs als auch einer politischen Wunde – hinterlassen hat. Wenn zivilgesellschaftliche, grenzüberschreitende

Initiativen entweder nur zwischen alten oder nur zwischen neuen Mitgliedstaaten ergriffen würden, bliebe die Herausforderung eines geeinten Europa mit Menschen, die sich als europäische BürgerInnen fühlen, auf der Strecke. Daher ist es notwendig, die BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der neuen Mitgliedstaaten zur intensiven und umfassenden Teilhabe zu ermutigen, damit eine echte europäische Öffentlichkeit entstehen kann.

Der Multiplikatoreffekt stellte sich, relativ gesehen, als weniger bedeutungsvoll heraus; ungefähr ein Drittel (32,7%) der Antwortenden wählten ihn als eines der drei wichtigsten Merkmale, die einen europäischen Mehrwert garantieren. Hinzuzufügen ist noch, dass dieses Merkmal in einigen der schriftlichen Beiträge als zentrales Auswahlkriterium hervorgehoben wurde.

2.2. Arten von Aktionen

Aktionen mit Bürgerbeteiligung

Von entscheidender Bedeutung schien es zu sein, die europäische Herausforderung auf die Ebene des täglichen Lebens jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers herunterzubrechen: **96,1%** der Antwortenden betonten, wie **wichtig die Durchführung konkreter Aktionen auf der untersten Ebene** sei, die den europäischen BürgerInnen die Möglichkeit geben, direkt zu interagieren und unmittelbar teilzunehmen, im Gegensatz zur eher passiven Beziehung – auch wichtig und als Ergänzung nötig – die sich allzu oft in Form von Top-Dow-Kommunikation manifestiert. Für die Antwortenden sollte die Mitwirkung am europäischen Projekt kein Luxus, sondern eine spontane Reaktion sein. Die Herausforderung ist enorm, denn, wie wir alle wissen, ist es umso schwieriger für Organe und Institutionen, ins Bewusstsein der BürgerInnen vorzudringen, je größer und je weiter sie vom täglichen Leben der BürgerInnen entfernt sind...

Daher überrascht es nicht, dass eine überwältigende Mehrheit von **84,6%** der Antwortenden **städtepartnerschaftliche Aktivitäten unterstützten** und die Vorteile derartiger umfassender Austauschmaßnahmen betonten, die sich nicht auf eine ganz bestimmte Bevölkerungsgruppe beschränken, sondern mit einem ganzheitlichen Ansatz zwischen zwei lokalen Gemeinschaften verfolgt werden können.

Die überwältigende Zustimmung zu Städtepartnerschaften fand sich auch in den zusätzlichen Anmerkungen bestätigt, wobei nicht vergessen werden darf, dass diese Stellungnahmen von den zahlreichen Städtepartnerschaftsausschüssen stammten, die an der Konsultation teilnahmen. Zahlreiche Antwortende betonten in ihren Anmerkungen, dass dieser Aspekt der Bürgerbeteiligung dank Projekten wie Städtepartnerschaften, die direkte Interaktionen zwischen BürgerInnen gewährleisten, im derzeitigen Programm sehr gut berücksichtigt ist. Viele Städtepartnerschaftsausschüsse zeigten sich besorgt in Bezug auf die erhoffte Kontinuität zwischen dem derzeitigen und dem neuen Programm im Hinblick auf eine der Aktivitäten, die wahrscheinlich die größte Zahl von BürgerInnen in die transnationale Konfrontation mit der Diversität von Ideen und Vorgangsweisen in der Praxis einbezieht. Nur wenige Projekte können einen derart konkreten europäischen Mehrwert bieten, wie die Erfahrung der Städtepartnerschaft, bei der aus der im Rahmen eines kulturellen, sportlichen oder festlichen Ereignisses aus der Konfrontation mit Diversität ein Gefühl der Einheit zwischen Menschen entsteht, die sonst durch Sprache, Kultur und Grenzen getrennt geblieben wären. Städtepartnerschaft ist – um einige

Antwortende zu zitieren – der einfachste und effizienteste Weg zur Förderung des direkten Kontaktes zwischen europäischen Bürgerinnen und Bürgern, die auf diese Weise die Chance bekommen, fremde Regionen zu sehen, zu hören und zu schmecken, die sie sonst nur aus Berichten kennen würden.

Es gab die allgemeine Forderung nach Diversifizierung der städtepartnerschaftlichen Initiativen, um die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen der lokalen Zivilgesellschaft zu fördern (vor allem jener Gruppen, die für gewöhnlich nicht Ziel europabezogener Projekte sind: die Armen, die Alten, die ländliche Bevölkerung...). Zusätzlich dazu fand die Einrichtung von Good-Practice-Datenbanken und die Bündelung lokaler Projekterfahrungen große Unterstützung, die z.B. seit langem bestehende Städtepartnerschaften als Ideenlieferanten nutzen könnten, um ihre Zusammenarbeit durch die Entwicklung neuer Aktivitäten zu beleben (vgl. dazu den Abschnitt „Innovative Aktionen“).

Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen

Eine andere Art von Aktion, der ebenfalls Vorzug eingeräumt wurde, war die **Finanzierung von Projekten zivilgesellschaftlicher Organisationen**. Die noch stärkere Unterstützung (**92,9% der Antworten**) für diese Aktionslinie ist umso bemerkenswerter als zivilgesellschaftliche Organisationen zwar einen großen Teil der Antwortenden stellen, jedoch zahlenmäßig hinter den VertreterInnen lokaler/regionaler Behörden liegen. Mit dem Votum für diese Organisationen erkennen die lokalen Behörden also indirekt die immense Rolle an, die die Zivilgesellschaft im Bereich der lokalen Governance und bei grenzüberschreitenden Aktivitäten spielt. Zivilgesellschaftliche Projekte dieser Art geben BürgerInnen aus verschiedenen Ländern die Möglichkeit, einander kennen zu lernen, gemeinsam zu handeln und ihre eigenen Ideen zu entwickeln. Sie können das in einem europäischen Umfeld tun, das über die nationale Perspektive hinausgeht und das ihre Diversität respektiert, gleichzeitig aber den Schwerpunkt auf gegenseitiges Verstehen, Solidarität und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa legt – Aspekte, die der wichtigste Anreiz für BürgerInnen sind, sich zu engagieren.

Betriebskostenzuschüsse für Organisationen auf europäischer Ebene fanden bei den Betroffenen große Zustimmung. Fast **90%** der Antwortenden forderten die Fortsetzung dieser Initiativen, die den finanziellen Druck, der auf zivilgesellschaftlichen Organisationen lastet, vermindern. Viele TeilnehmerInnen betonten, dass Betriebskostenzuschüsse häufig die Rahmenbedingungen für nachhaltige Tätigkeit und dauerhaftes Engagement der BürgerInnen im Rahmen von Projekten schaffen, die sonst zum Verschwinden oder zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wären. Mit anderen Worten, es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Größe der zuschussfähigen Organisation und dem Nutzen dieser Betriebskostenzuschüsse: Die Wirkung ist bei kleineren Strukturen deutlich größer.

In ihren Anmerkungen bedauerten viele Antwortenden den geringen Entwicklungsgrad der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene verglichen mit der nationalen Ebene. Im Gegensatz dazu wurde die europäische Dimension sehr viel rascher in die Entwicklung gewinnorientierter internationaler Unternehmen integriert. Fortschritte im Bereich des Binnenmarktes haben diese Entwicklung vermutlich gefördert, weshalb es jetzt an der Zeit ist, zivilgesellschaftlichen Organisationen Anreize zu bieten, durch Zusammenarbeit und Teilnahme an grenzüberschreitenden Aktivitäten eine gemeinsame Zivilgesellschaft aufzubauen. Die Entstehung einer echten europäischen Öffentlichkeit hängt nicht

unbedingt an der Finanzierung von Strukturen eines neuen europäischen Typs. Ein einfacherer erster Schritt bestünde darin, den nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen den Impuls zu geben, schrittweise ihren Strukturen auf lokaler/regionaler/nationaler Ebene eine transnationale/europäische Dimension hinzuzufügen, und zwar in einer Win-Win-Situation, bei der Good Practices zu Fragen, die sich in ganz Europa in ähnlicher Weise stellen, weitergegeben und übernommen werden.

Innovative Aktionen

Ersucht, eine Reihung der Art von innovativen Aktionen vorzunehmen, mit denen die Ziele des Programms am besten erreicht werden könnten, nannten die überwiegende Mehrheit der Antwortenden die **gemeinsame Nutzung von Erfahrungen im Rahmen lokaler Projekte in verschiedenen Mitgliedstaaten** und den **Aufbau innovativer Partnerschaften gemeinsam mit neuen Partnern** (73,7% bzw. 61%). Dies zeigt den Wunsch nach einem neu abgesteckten Rahmen, nach neuen Möglichkeiten für Kontakte zwischen verschiedenen Partnern, z. B. zivilgesellschaftlichen Organisationen (einschließlich Gewerkschaften) und städtepartnerschaftlichen Initiativen. Im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften wurde diese Art der Unterstützung für die transnationale Vernetzung von Städtepartnerschaftsausschüssen gefordert.

Die Abhaltung von **Großveranstaltungen mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit**, die die **BürgerInnen** auf EU-Ebene und/oder in ganz Europa **mobilisieren**, gemeinsam ein besonderes Ereignis, eine sportliche, kulturelle oder wissenschaftliche Leistung zu feiern, stand an dritter Stelle, mit insgesamt **48,9%** Zustimmung. Angesichts des offensichtlichen europäischen Mehrwerts dieses Aktionstyps sollte er als praktisches Instrument für den interkulturellen Dialog und die Herausbildung einer europäischen Identität berücksichtigt werden. Die Anmerkungen zeigen, dass Einzelpersonen diesen Aktionstyp relativ stark befürworten. Nicht zuletzt fügten viele der Antwortenden den Wunsch hinzu, wesentlich **umfassender über die verschiedenen im Bereich der aktiven Bürgerschaft durchgeführten Aktivitäten – vor allem die über das Programm finanzierten – informiert zu werden**. Beim neuen Programm sollten Bemühungen in diese Richtung unternommen werden: Eine überwältigende Zahl sowohl von Einzelpersonen als auch Organisationen schlug z. B. die Einrichtung einer Online-Datenbank mit Good Practices vor.

46,5% der Antwortenden wählten den Punkt **Austausch von Good Practices zum Freiwilligendienst**, der damit fast genauso großen Anklang fand wie die Abhaltung von Großveranstaltungen. In den schriftlichen Beiträgen wurden im Zusammenhang mit dieser Frage zwei Dinge betont: Erstens, Freiwilligkeit gilt als Kernbereich der Förderung aktiver Bürgerschaft; es sind tatsächlich aktive und engagierte BürgerInnen, die freiwillige Tätigkeiten übernehmen, damit die Teilhabe am öffentlichen Raum fördern und gleichzeitig auch auf Vertrauen und Solidarität gegründete Beziehungen aufbauen. Diese äußerst wichtige Dimension ist daher im neuen Programm zu berücksichtigen. Zweitens, damit innovative Projekte entstehen können, müssen sich Freiwillige mit unterschiedlichen Erfahrungen und Arbeitsansätzen zum Austausch von Wissen und Good Practice treffen können.

Fast ein Drittel (**32,9%**) der Antwortenden sprach sich für die **Vernetzung von Think Tanks** aus, ein bemerkenswertes Ergebnis angesichts des geringen Anteils an Antwortenden aus dieser speziellen Kategorie. Da mit Hilfe des Programms, wie oben

betont, die Zusammenarbeit mit neuen Partnern gefördert werden kann, könnten Think Tanks zu den potenziellen neuen Partnern für NRO oder Städtepartnerschaftsausschüsse zählen.

Die Idee, das Demokratiedefizit zu verringern, stand hinter dem Vorschlag für eine weitere innovative Aktion mit dem Titel **Bürgergremien**, die **27,8%** befürworteten. Dieses sehr junge Partizipationsinstrument wird auf nationaler, jedoch noch nicht auf europäischer Ebene erprobt. Die Auswahl von TeilnehmerInnen per Losentscheid sollte gewährleisten, dass „ganz normale BürgerInnen“ eingebunden werden. Es wäre u. U. angebracht, dieses neue Konzept genauer zu prüfen.

2.3. Fragen zur Umsetzung

Mit **91,4%** Zustimmung ist der Vorschlag für **mehrjährige Projekte** eindeutig eines der aktuellsten Themen für die Akteurinnen und Akteure, die in ihren Anmerkungen betonten, dass diese Form der Finanzierung den Weg für vielfältigere und ehrgeizigere (hinsichtlich Umfang und Inhalt) Projekte frei machen könnte.

Den Weg für die Finanzierung mehrjähriger Projekte frei zu machen, wurde von vielen als geeignetes Mittel gesehen, damit Bürgerbeteiligung insofern dauerhaft an Boden gewinnen kann als die Akteurinnen und Akteure zeitlich weniger eingengt wären. Obwohl Bedenken wegen der Gefahr der Abhängigkeit von europäischen Finanzmitteln geäußert wurden, betonten viele, dass mehrjährige Finanzierungen beträchtliche Einsparungen bei Zeit und Ressourcen erlaubten, die jedes Jahr in die Suche nach Sponsoren investiert würden. Aus den zusätzlichen, frei formulierten Anmerkungen auf den Fragebogen geht jedoch hervor, dass in den Köpfen einiger Antwortender Verwirrung bezüglich der einmaligen Unterstützung mehrjähriger Projekte und der Finanzierung der Betriebskosten von Organisationen auf mehrjähriger Basis besteht.

Jedenfalls waren die meisten Antwortenden, sowohl in den frei formulierten Anmerkungen als auch in den übermittelten Positionspapieren der Ansicht, dass die Berücksichtigung mehrjähriger Projekte nicht zu Lasten der Kurzzeitprojekte gehen sollte, die nach wie vor die einzige Möglichkeit sind, um Akteurinnen und Akteure einzubinden, die u. U. nicht die erforderliche kritische Größe erreichen. Es sollten also zusätzliche Mittel für diese neue Dimension bereitgestellt werden. Tatsächlich herrscht die Meinung vor, mehrjährige Projekte kämen eher den Bedürfnissen zivilgesellschaftlicher Organisationen als den Bedürfnissen engagierter BürgerInnen entgegen. In zahlreichen Anmerkungen wurde auf einer gerechten Verteilung der Mittel bestanden, hin zu kleineren aber praxisbezogeneren Aktionen auf der untersten Ebene mit unmittelbar spürbaren Ergebnissen für die beteiligten BürgerInnen, im Gegensatz zu ehrgeizigen Projekten, die sich an ein Publikum richten, das ohnehin bereits genau weiß, was beim Projekt Europa auf dem Spiel steht.

Kurzzeitaktivitäten finden bei den Antwortenden enormen Rückhalt (93,5%), wobei es, wie bei den Städtepartnerschaften, den Wunsch nach einer Form von Datenbank mit Good Practices gibt, damit die BürgerInnen auf Erfolgsgeschichten aufbauen können (siehe oben „Innovative Aktionen“). In ihren Anmerkungen betonten viele der Antwortenden auch, dass der europäische Mehrwert von Projekten nicht ausschließlich am Aspekt der EU-Bewusstseinsbildung festgemacht werden sollte, sondern, dass Projekte, an denen europäische BürgerInnen aus mehreren Ländern teilnahmen und die ein gemeinsames Ziel verfolgten, *per se* zur Entstehung einer Unionsbürgerschaft beitragen würden.

3. ZUSÄTZLICHE ANMERKUNGEN DER ANWORTENDEN

Erfolgsgeschichten

Viele Antwortende haben nicht nur den Fragebogen ausgefüllt, sondern auch begeistert über ihre **Erfolge** hinsichtlich der Programmziele **berichtet**, und damit indirekt ihr Interesse an der Weiterführung ähnlicher Aktionen unter dem neuen Programm bekundet. Das derzeitige Programm ermöglicht es, einen „Werkzeugkoffer“ mit Instrumentarien, Initiativen und Good Practices zusammenzustellen, die die Ausarbeitung des neuen Programms für die aktive Unionsbürgerschaft erleichtern.

Zu den Erfolgsgeschichten gehörten auch die Berichte über interkulturelle und grenzüberschreitende Projekte, in deren Rahmen tragfähige und effiziente Verbindungen aufgebaut wurden, die meist – aber nicht nur – als Städtepartnerschaften begannen und sich zu vielseitigen und engen Partnerschaften entwickelten. Es gab Berichte von Fachseminaren als Plattformen für den Austausch von Good Practices, aus denen wertvolle Netzwerke entstanden. Mehrere Anmerkungen betrafen erfolgreiche, auf junge Menschen bezogene Projekte, die im Wege beruflicher Bildung im Ausland bereits eine erkleckliche Zahl von Ideen und Good Practices genutzt zu haben scheinen, von Schulpartnerschaften bis zu Sportveranstaltungen. In Fällen, wo Entfernungen nach wie vor ein ernstes Problem im Sinne von Kosten verursachend sind, wurde auf den Einsatz von IKT als bestes Gegenmittel hingewiesen, obwohl man nicht vergessen darf, dass die erwähnte Vorliebe für IKT auch einfach in der Tatsache begründet liegen kann, dass es sich um eine *Online*-Konsultation gehandelt hat und die Antwortenden daher natürlich mit IKT vertraut sind.

Bewerbungskriterien und -verfahren

Trotz der allgemeinen Zufriedenheit mit dem derzeitigen Programm und der überwältigenden Zustimmung zum neuen Programm für die Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft, wurden im Zusammenhang mit bestimmten Aspekten Bedenken geäußert. Diese Bedenken müssen berücksichtigt werden, um die ins Auge gefassten Änderungen gegenüber dem derzeitigen Programm richtig zu beurteilen.

Erstens gab es den allgemeinen Wunsch nach **mehr Information und stärkerer Verbreitung der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen** im Rahmen des Programms zur Förderung der aktiven Bürgerschaft. Die Antwortenden betonten, der springende Punkt sei, dafür zu sorgen, dass alle potenziellen Akteurinnen und Akteure die Chance haben, die Informationen zu bekommen.

Die zweite Sorge galt **Umfang und Bandbreite der Projekte**, die im derzeitigen Programm als zu gering und zu einengend empfunden werden, wohingegen ein gewisses Maß an Flexibilität größere Vielfalt bei den Inhalten und auch bei den Zielgruppen bewirken würde. Vor allem stimmt die Realität der geplanten Projekte nicht immer mit den Kriterien für den europäischen Mehrwert überein, was die Akteurinnen und Akteure zwingt, ihre Initiativen an den in den Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen aufgeführten Erfordernissen auszurichten. Wenn die Kriterien nicht ein Mindestmaß an Flexibilität aufwiesen, würde das zu einer Standardisierung von Projekten führen und sinnvolle Innovationen verhindern, vor allem bei städtepartnerschaftlichen Aktivitäten und

bei Bürgerversammlungen. Die Antwortenden verwiesen darauf, dass die Aktivitäten innerhalb des Programmes diversifiziert werden müssten, damit das Ziel stärkerer Bürgerbeteiligung erreicht werden könne, wobei vor allem darauf zu achten sei, alle Teile der Zivilgesellschaft einzubeziehen, die mit den Bürgerinnen und Bürgern zu tun haben.

Was die **Zielgruppen** betrifft, ergaben die Anmerkungen drei parallele Trends: Einerseits sollte das Programm allen bzw. „ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern“ jeden Alters und jeder sozialen Gruppe offen stehen. Andererseits sahen viele Antwortende Projekte, die junge Menschen einbezogen, als entscheidenden Faktor für die Förderung der Unionsbürgerschaft. Gleichzeitig betonten sie auch, dass es notwendig sei, die Reichweite des Programms auf Personen auszudehnen, die weniger oft als Zielgruppe ausgewählt werden, für die der Begriff der europäischen Identität weniger Bedeutung hat, und sie verlangten, dass der älteren Generation, von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen, der ländlichen Bevölkerung und MigrantInnen besonderes Augenmerk geschenkt werden solle – vor dem Hintergrund, dass eine europäische Identität von allen geteilt werden muss, damit sie wirksam werden kann. Aus Sicht der Antwortenden ist daher die effiziente Verbreitung von Zielen und Werten der EU nicht nur eine Frage der richtigen Information, sondern es geht auch darum, den Wunsch zur Teilhabe bei jenen zu wecken, die mit Mainstream-Informationskampagnen für gewöhnlich nicht erreicht werden.

Ein weiterer Aspekt des engen Rahmens, in den Projekte eingepasst werden müssen, damit sie Finanzmittel erhalten, betrifft die **Zeitspanne**, innerhalb der Projekte laut Förderkriterien organisiert werden müssen. Viele Antwortenden waren der Meinung, dass die Möglichkeit mehrjähriger Finanzierungen (siehe oben) die Durchführung von Aktionen mit europäischem Mehrwert erheblich verbessern könnte.

Unter den Antwortenden herrschte große Übereinstimmung bezüglich der Notwendigkeit, Antragsverfahren und die Auszahlung von Zuschüssen im Sinne von kürzeren, einfacheren und weniger zeit- und ressourcenaufwendigen Verfahren zu reformieren. Auf der Basis ihrer manchmal sehr umfangreichen Erfahrung mit der Beantragung europäischer Zuschüsse, machten sie auf einen deutlichen Trend in Richtung mehr Komplexität in Kombination mit mangelnder Klarheit bei der Evaluierung der Anträge aufmerksam. **Das Antragsverfahren könnte durchgängig vereinfacht werden:**

- Die Antwortenden forderten eine vernünftige Zeitspanne zwischen der Veröffentlichung von Aufforderungen für die Einreichung von Vorschlägen und den Abgabeterminen. Selbst unter der optimistischen Annahme eines effizienten Informationsflusses im Zusammenhang mit der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird die verbleibende Zeitspanne häufig als zu kurz eingeschätzt, um einen stimmigen Projektvorschlag auszuarbeiten.
- Im Gegensatz dazu, halten viele die Zeit, die zwischen dem Beschluss für einen Zuschuss und der tatsächlichen Überweisung der Mittel verstreicht, für viel zu lang. In anderen Fällen erfolgte die Antwort der Kommission zu spät und die Partnerschaft konnte nicht mehr gegründet werden.
- Die Komplexität des Antragsdossiers *an sich* sorgt schon für ungleiche Bedingungen zwischen großen Organisationen, die zumindest eine Person Vollzeit für die Bearbeitung von Anträgen abstellen können und sich daher an die Abwicklung derartiger Dossiers gewöhnen, und kleineren Organisationen, deren Mitglieder wahrscheinlich eher motivierte Freiwillige als tatsächlich ausgebildetes und erfahrenes Verwaltungspersonal sind.

- In dieser Hinsicht muss die Frage der Berücksichtigung freiwilliger Arbeit als Sachleistung in zukünftigen Antragsdossiers behandelt werden, um Organisationen, die diese Humanressource extensive nutzen, nicht zu benachteiligen.

In ihren schriftlichen Beiträgen schlugen einige Antwortende auch **Auswahlkriterien** für die Zuerkennung von Zuschüssen vor, wie z. B.:

- Repräsentativität, demokratische Strukturen, Transparenz;
- etablierte direkte und aktive Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern;
- nachgehendes Angebot, Multiplikatoreffekt;
- dauerhafte Wirkung;
- verantwortungsvolles Arbeitsprogramm.

Diese sowie die beim Konsultationsforum vorgebrachten Vorschläge sollen in der nächsten Phase entsprechend berücksichtigt werden, wenn die Kommission mit der Vorbereitung für die Umsetzung des Programms beginnt.

Die Mehrheit der Akteurinnen und Akteure sah das neue Rahmenprogramm als Chance zur Straffung und Vereinfachung der Antrags- und Finanzierungsverfahren. Dieses Anliegen trifft sich mit den politischen Ausrichtungen in den Mitteilungen der Kommission vom 10. Februar 2004 und vom 9. März 2004, in denen betont wird, dass die Überprüfung der Rechtsinstrumente dazu dient, die Gestaltung und Umsetzung von Gemeinschaftsinstrumenten signifikant zu vereinfachen und die neuen Programme so weit wie möglich zu straffen.

Auf europäischen Werten aufbauen

Der Definition europäischer Grundwerte, die die Projekte bei den TeilnehmerInnen entwickeln und fördern sollen, gilt als einer der wichtigsten Faktoren auf dem Weg zur aktiven Unionsbürgerschaft. Jetzt, wo der Binnenmarkt fast vollständig verwirklicht ist und die EuropäerInnen die Möglichkeit haben, Waren ungehindert auszutauschen und gemeinsam zu konsumieren, muss als Gegengewicht dringend ein politischer Raum geschaffen werden, in dem die von allen genutzten Güter gemeinsame Werte sind. Was bedeuten diese Grundwerte für die Entwicklung der aktiven Bürgerschaft und für den Erfolg des neuen Programms?

Geht man vom Input der Online-Befragung aus, ist **Demokratie** der am häufigsten genannte Wert. Nur wirklich demokratische, partizipatorische Prozesse können den Akteurinnen und Akteuren signalisieren, dass ihre Stimme Gehör findet und dass es sich lohnt, aktiv in das europäische Projekt zu investieren. Demokratie selbstverständlich als Regierungsform, aber Demokratie auch als ein Satz von Regeln, die die Teilhabe der BürgerInnen gewährleisten und für Transparenz sorgen. Die Einhaltung demokratischer Spielregeln ist eine Voraussetzung für alle Aktivitäten, die für und im Namen der BürgerInnen erfolgen. Auf europäischer Ebene schließt dies einen offenen Dialog mit der Zivilgesellschaft ein. Darüber hinaus betonten die Antwortenden, dass Demokratie eine bestimmte Vorstellung von Chancengleichheit für alle BürgerInnen vermittelt. Im Kontext der jüngsten EU-Erweiterung um 10 Länder ist es wichtig, auf potenzielle Verstöße gegen die Gleichbehandlung von BürgerInnen zu achten, d. h. der Ermächtigung der BürgerInnen und der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in diesen Ländern ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Darüber hinaus betonten die Antwortenden, dass kontinuierlich an **kulturellem Verstehen** und kulturellem Austausch gearbeitet werden muss, um dem EU-Motto „In Vielfalt geeint“ gerecht zu werden. Viele bringen den schwierigen Prozess, zu einer positiven europäischen Identität zu finden, mit dem Weiterbestehen von Vorurteilen gegenüber nationalen Identitäten in Verbindung, die sich im Laufe von Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten, manchmal in aggressiver Abgrenzung gegenüber Nachbarkulturen und –identitäten herausgebildet haben. Die Förderung der Unionsbürgerschaft soll diese zerstörerischen, aus der Vergangenheit kommenden Entwicklungen beenden und den Weg zu dauerhaftem Frieden in Europa öffnen. Kultureller Austausch und Erfahrungen mit kulturellen Unterschieden und Gemeinsamkeiten sind die einzige Möglichkeit, den europäischen BürgerInnen begreiflich zu machen, dass es keinerlei kulturelle Hierarchie geben kann und dass alle lokalen, regionalen und nationalen Besonderheiten im Boden gemeinsamer europäischer Werte wurzeln.

Die Antwortenden nahmen auch ausführlich Stellung zu eng damit verbundenen Werten wie **sozialer Inklusion und Solidarität**. Damit die Grundwerte der Unionsbürgerschaft verankert und entwickelt werden können, müssen bereits Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern bestehen, es muss also ein Mindestmaß an sozialer Struktur geben. Eines der Ziele des neuen Programms sollte darin bestehen, dieses soziale Geflecht weiterzuspinnen. Aus persönlichen Beobachtungen leiteten die Antwortenden die Notwendigkeit größerer sozialer Solidarität ab und betonten, dass effiziente Integrationspolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die sozialen Beziehungen ganz allgemein stärkt. In der Phase einer gewissen Unsicherheit nach der Erweiterung und vor der Ratifizierung des Verfassungsvertrages gibt es spürbare Ängste die Zukunft des europäischen Sozialmodells betreffend. EU-Politik sollte sich deshalb sowohl auf der strukturellen als auch auf der inhaltlichen Ebene durch Engagement für Inklusion und Solidarität auszeichnen und darauf achten, bei den angesprochenen Zielgruppen auf keine Bürgerin und keinen Bürger zu vergessen.

Zuletzt nannten die Antwortenden als grundlegenden Wert, den derzeitige und zukünftige europäische BürgerInnen gemeinsam vertreten sollten, die Sorge um eine **nachhaltige Entwicklung**, und allgemeiner formuliert, den Erhalt natürlicher Ressourcen und der Umwelt. Damit wiederholten die Antwortenden eine kollektive, mit immer mehr Nachdruck vorgebrachte Sorge über die Auswirkungen menschlichen Handelns auf Ökosysteme und das Klima. Bis zu einem gewissen Grad wird das mit dem Wert der Solidarität und Inklusion in Zusammenhang gebracht, aber auf die nachfolgenden Generationen umgelegt, statt auf maßgebliche Gruppen der Gesellschaft. Obwohl diese Vorstellung etwas weiter von dem entfernt ist, was auf dem Spiel steht, als die davor genannten Werte, vermittelt sie doch die Idee einer globalen Bewusstheit um Interaktionen, die die Basis der selbstbewussten Existenz einer Gesellschaft bildet. Umgekehrt kann die Tatsache, dass die Umwelt jedes Bürgers und jeder Bürgerin auf europäischer Ebene berücksichtigt wird, nur auf ein Ergebnis hinauslaufen: eine stärkere Identifizierung der BürgerInnen Europas mit den EU-Organen.

Information ganz allgemein

Schließlich nutzten sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen die Gelegenheit zu betonen, **wie wichtig Information ist**, damit sich bei den Bürgerinnen und Bürgern gegenseitiges Verstehen entwickeln kann. Die nachdrückliche Forderung nach einem Europa, das mit den BürgerInnen „spricht“, fand sich überwiegend in den von Einzelpersonen verfassten Anmerkungen, während alle Antwortenden sich mehr

Informationen nicht nur zu Fragen über die Europäische Union, sondern auch Informationen darüber wünschten, was in den anderen Mitgliedstaaten vor sich geht. Sie sprachen sich dafür aus, das Informationsangebot bestimmter europäischer Medien weiter auszubauen und enger – zu Mediennetzwerken – zu verbinden.

Die Anmerkungen enthielten zahlreiche diesbezügliche Vorschläge, die meisten davon bezogen sich jedoch auf die vor der Umsetzung stehende Kommunikationsstrategie der GD PRESS und nicht auf die Unterstützung der aktiven Unionsbürgerschaft im Rahmen zivilgesellschaftlicher Initiativen. Einige Vorschläge trafen jedoch genau das Thema der Konsultation, wie z. B. die Schaffung von EU-Unterstützungsgruppen in kleinen Städten, auf der Grundlage dessen, was getan worden war, um die Schaffung der UN zu fördern.

4. SCHLUSSFOLGERUNG

Als einer der ersten Schritte, ist die Konsultation eine wichtige Quelle der Inspiration für die Vorbereitung des Kommissionsvorschlags zu einem neuen Programm. Die hohe Beteiligung an der Konsultation erbrachte eine dichte Datenmenge und erkenntnisreiches Material; vieles davon lässt sich in den kommenden Jahren der Programmumsetzung aufgreifen.

Mit Good Practice-Beispielen und Verbesserungsvorschlägen für die derzeitigen Strukturen und Texte lässt sich als allgemeine Botschaft der Konsultation große Unterstützung für die im Rahmen des derzeitigen Programms durchgeführten Aktivitäten ablesen sowie Entschlossenheit, sie im Zeitraum 2007-2013 auf einer soliden Basis weiterzuführen. Man darf jedoch einige Grenzen des derzeitigen Programms nicht übersehen, die das neue Programm versuchen sollte abzubauen: flexiblere Definition von Projekten, vereinfachte Antragstellung...

Viele Antwortenden bekundeten nicht nur ihre insgesamt Zustimmung zu den meisten der derzeitigen Aktivitäten, sondern brachten auch Ideen und Vorschläge ein, um die Programmziele noch weiter voranzubringen.

So wie es von der Kommission geplant ist, soll das neue Programm "Bürger/innen für Europa" diese Anliegen berücksichtigen, indem es Ausgewogenheit anstrebt zwischen:

- den anerkannten Erfolgen des derzeitigen Programms und neuen Wegen und Bereichen der Interaktion und Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen und ihren Organisationen.
- Aktivitäten, die die BürgerInnen direkt einbeziehen, und der Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen.
- einem klaren Gesamtrahmen und der Flexibilität, sich in einem rasant entwickelnden Bereich an zukünftige Gegebenheiten anzupassen.
- der Notwendigkeit, Verfahren zu vereinfachen und gleichzeitig die Haushaltsordnung einzuhalten.

*

*

*